



WAS TUN?

Was tun? Das fragen sich heute in Österreich viele angesichts eines drohenden Kanzlers Kickl. Die erste und verbreitetste Reaktion ist der Protest gegen die FPÖ, die Warnung vor der Umsetzung ihres in vielerlei Hinsicht problematischen Programms, der drohenden Besetzung öffentlicher Ämter durch Männer, die mit Rechtsextremen sympathisieren. All das mündet in einem Szenario, das Angst machen darf. Trotzdem ist die FPÖ heute der falsche Adressat, wenn ein Kanzler Kickl verhindert werden soll. Die FPÖ ist seit fast dreißig Jahren eine bestimmende politische Kraft in Österreich. Schon 1999 wurde sie mit fast 27% zweitstärkste Partei. Kickl hatte 2024 somit nicht einmal zwei Prozent mehr als seinerzeit Haider. Dass ein Viertel der österreichischen Bevölkerung diesem Gedankengut nahesteht, ist ein Faktum. Man kann es bedauern, ändern wird es sich kurzfristig kaum. Und ein Viertel ist und bleibt doch Minderheit in einem politischen System, in dem die Mehrheit regiert.

Wenn man also 2025 etwas tun will, dann gilt es zu schauen, was die drei Viertel denken und tun. Hier hat sich in den vergangenen Jahren vieles in eine bedenkliche Richtung entwickelt: Die Programmatik der ÖVP hat sich, teilweise bis zur Unkenntlichkeit, an die der FPÖ angenähert. In letzter Zeit nicht mehr bloß in der Migrations- und Integrationspolitik, sondern auch in der Klimapolitik. Der wirtschaftspolitische Diskurs der FPÖ – Entlastung der Unternehmen und Rückbau des Sozialstaats – deckt sich weitgehend mit dem vorherrschenden öffentlichen Diskurs, bis hin zum vermeintlich FPÖ-kritischen ORF.

Will man einen Kanzler Kickl verhindern, dann gilt es, diejenigen zu benennen, die ihm die Kanzlerschaft ermöglichen – mit Geld, öffentlichen Sympathiebekundungen oder Nicht-Handeln. Konkret denke ich zuerst einmal an jene, die vorgeben, die Interessen „der Wirtschaft“ zu vertreten: Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer. Es ist hoch an der Zeit, am Sitz dieser Organisationen Mahnwachen zu veranstalten und kritische Fragen zu stellen. Allen voran an den Vorsitzenden der Industriellenvereinigung, Georg Knill, einem der wichtigsten Königsmacher von Blau-Schwarz. Ist die Umsetzung ihres wirtschaftspolitischen Programms, das selbst unter Ökonomen umstritten ist, wirklich so wichtig, dass die IV für das exportabhängige Österreich einen Kanzler in Kauf nimmt, dessen erste Verbündete Orbán, Le Pen und Putin sind? Ist dieser Imageschaden, inklusive potentieller Rückgänge im Exportgeschäft, irrelevant gegenüber kurzfristig niedrigeren Steuern und Abgaben? Und haben Industrielle keinerlei staatsbürgerliche Verantwortung für eine pluralistische Gesellschaft und eine liberale Demokratie? Rechtfertigen niedrigere Sozialabgaben die Gefährdung von Wissenschaftsstandort, freien Medien und einer unabhängigen Justiz? All diese Fragen könnten bei einer Mahnwache gestellt werden und bei dem einen oder anderen Herren vielleicht ein Umdenken einleiten.

Und es gibt noch einen zweiten Ort für Mahnwachen: den Sitz der Neos, einer liberalen Partei. Ihre Vorsitzende war es, die eine Nicht-Kickl-Koalition wegen einer



Bankenabgabe und der (behaupteten) emotionalen Ausbrüche von Andreas Babler platzen ließ. Nun liegt am Tisch, was die Alternative zu einer zugegebenermaßen mühsamen Dreier-Koalition ist: eine vermutlich rasante Orbanisierung, ein frauenpolitischer Backlash mit Herdprämien, klimapolitische Rückschläge, medienpolitischer Kahlschlag und ein Mundtot-Machen der Opposition, allen voran kritischer Medien und zivilgesellschaftlicher Organisationen, die dem ausgerufenen Sparzwang zum Opfer fallen werden. Noch ist es nicht zu spät, und daran könnte eine Mahnwache erinnern, im Interesse unserer liberalen Demokratie zum Verhandlungstisch zurückzukehren. Eine Dreier-Koalition, deren Partner nun wissen, was sie verhindern, gäbe uns allen – Konservativen, Liberalen, Sozialdemokraten und Grünen, uns drei Vierteln der österreichischen Bevölkerung, die keinen FPÖ-Kanzler wollen – Zeit, gemeinsam eine positive Vision für ein pluralistisches, offenes und gerechtes Österreich zu entwickeln.

Selbstverständlich muss man auch vor der ÖVP-Zentrale eine Mahnwache abhalten, auch wenn dort schon allzu viele Appelle verhallt sind. Deshalb hoffe ich weit weniger auf die mittlerweile schwer auffindbaren christlich-sozialen Wurzeln dieser Partei, sondern auf ihren Selbsterhaltungstrieb, auf eine/n Machiavelli mit Weitsicht. Degradiert sich die ÖVP nämlich ernsthaft zum kleinen Bruder der FPÖ, dann ist der Weg nicht mehr weit in die vollkommene Bedeutungslosigkeit – die italienische Christdemokratie lässt grüßen.